

Debattenraum zur Situation in Israel und Gaza zwei Jahre nach dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel vom 07.10. 2023

Wir haben im internen Bereich dieser Homepage einen Debattenraum eröffnet, in dem unsere Mitglieder und Kandidat:innen ihre Gedanken zu der Situation in Israel und Gaza zwei Jahre nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel und der damit im Zusammenhang stehenden Entwicklung, in der Region und hier bei uns, teilen können.

Wir weisen darauf hin, dass die folgenden Texte die Meinung der jeweiligen Autor:innen wiedergeben und von diesen verantwortet werden.

13.09.2025

Erklärung des Vorstands der DPG zur Situation in Israel und Gaza zwei Jahre nach dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel vom 07.10. 2023

Zwei Jahre liegt der terroristische Überfall der Hamas auf Israel zurück. Heute müssen wir feststellen, dass sich die in unserer Stellungnahme vom 28.10.2023 ausgedrückte Hoffnung „auf die (Wieder-)aufnahme eines Dialogs aller Beteiligten, der eine grundlegende Voraussetzung für den dringend benötigten Friedensprozess darstellt“, nicht erfüllt hat. Im Gegenteil:

- Noch immer befinden sich israelische Geiseln in der Gewalt der Hamas. Sofern sie überhaupt noch am Leben sind, befinden sie sich in einem Zustand von Entkräftung auf Grund von Hunger, Folter und unterlassener medizinischer Hilfe.
- Gleichzeitig ist die humanitäre Lage im Gazastreifen infolge der israelischen Angriffe wie auch der Tatsache, dass die Hamas die eigene Bevölkerung als lebende Schutzschilde missbraucht, katastrophal. Die Infrastruktur ist weitgehend zerstört. Zehntausende Menschen – darunter viele Frauen und Kinder – sind verletzt und getötet worden. Hunderttausende von palästinensischen Zivilisten haben durch Zerstörung und Vertreibung ihre Häuser und Wohnungen verloren.
- Nach einem aktuellen Bericht des IPC (Integrated Food Security Phase Classification; s. auch Stellungnahme der Welthungerhilfe vom 22.08.2025) besteht in Teilen des Gazastreifens eine Hungersnot, wodurch gegenwärtig über 600.000 Menschen akut vom Hungertod bedroht sind.
- Dass Israel der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza gezielt Nahrungsmittel vorenthält, ist eine schwerwiegende Verletzung des Rechts auf Nahrung und verstößt gegen das humanitäre Völkerrecht. Werden Nahrungsmittel der Zivilbevölkerung vorsätzlich als Methode der Kriegsführung vorenthalten, so handelt es sich um ein Kriegsverbrechen (s. Stellungnahme des vom deutschen Bundestag finanzierten deutschen Instituts für Menschenrechte vom 01.08.2025).

Angesichts dieser Gesamtsituation fordern wir einen anhaltenden Waffenstillstand, den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung und der humanitären Helfer und Helferinnen sowie den sicheren und ungehinderten Zugang der benötigten Hilfsgüter auf dem schnellsten Weg. Gleichzeitig erneuern wir unsere Forderung, alle israelischen Geiseln unverzüglich freizulassen.

Als Psychoanalytiker:innen besorgt uns, dass beide Völker – sowohl Israel wie auch die palästinensische Bevölkerung - fortgesetzt schwerste Traumatisierungen erleiden. Eine Heilung erscheint zum jetzigen Zeitpunkt kaum vorstellbar, jedenfalls wird der Weg dorthin noch sehr lang sein. Voraussetzungen dafür, dass dieser Weg überhaupt begonnen werden kann, sind eine Beendigung der Kriegshandlungen und eine angemessene Versorgung der Bevölkerung. Unsere Anteilnahme gilt allen betroffenen Menschen in der Region.

Besonders verbunden fühlen wir uns mit den psychoanalytischen Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort mit den Opfern therapeutisch arbeiten: Sowohl den israelischen Kolleginnen und Kollegen, die mit den Überlebenden, den zurückgekehrten Geiseln und ihren Angehörigen arbeiten und sich gleichzeitig mit politischen Aktionen gegen die nicht mehr zu rechtfertigende Politik der israelischen Regierung wenden - wie auch den palästinensischen Kolleginnen und Kollegen, die unter unvorstellbaren Bedingungen versuchen, Leid, insbesondere von Kindern, zu lindern.

Als Psychoanalytiker:innen in Deutschland fühlen wir uns verzweifelt und zerrissen zwischen einem besonderen Verantwortungsverhältnis gegenüber den Menschen in Israel vor dem Hintergrund unserer deutschen Geschichte und der aktuellen Notwendigkeit, die destruktive Politik der israelischen Regierung eindeutig verurteilen zu müssen.

Unsere Expertise als Psychoanalytiker:innen liegt nicht darin, politische Lösungen dieses Konflikts anzubieten. Wir können jedoch eine fachliche Einschätzung anbieten, welches seelische Klima notwendig wäre, um Fortschritte zu erreichen:

Die gegenwärtige toxische Polarisierung, die durch massive Spaltung und Projektionen gekennzeichnet ist, durch die die jeweils andere Seite dehumanisiert wird und ihr die Existenzberechtigung abgesprochen wird bzw. die Vernichtung gerechtfertigt wird, müsste durch ein Klima von Dialog, realer Begegnung und auch konstruktiver Auseinandersetzung ersetzt werden, so dass auf diese Weise ein hilfreiches „Drittes“ entstehen kann, mithilfe dessen Anerkennung von eigener Verantwortung, Perspektivenwechsel und schließlich Trauer möglich werden.

Dies gilt nicht nur für die Region selbst, sondern auch für die Debatte bei uns, die ebenfalls eine zunehmende Polarisierung erfahren hat. Als Psychoanalytiker:innen sehen wir für uns die Aufgabe, an der Entwicklung solcher (Denk-)räume mitzuwirken, in denen die Position des Anderen ausgehalten wird, auch wenn sie nicht die eigene ist.

Wir hoffen darauf, dass die Bemühungen in diese Richtung von vielen Menschen – in der Region und weltweit – sich am Ende gegen die gegenwärtig vorherrschenden Omnipotenzfantasien und die Destruktivität durchsetzen werden.

Der Vorstand der Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft (DPG)
Eckehard Pioch
Vorsitzender

15.09.2025

Die Stellungnahme des Vorstandes ist erschreckend einseitig, auch wenn sie Ausgeglichenheit vortäuscht. Es wird nämlich ausgeblendet, um auf der antisemitischen Welle mitzuschwimmen fürchte ich, dass

- es sich um einen Terrorstaat handelt, der unter Führung der Hamas seit Jahrzehnten Israel mit Terror überzieht und das bevorzugt aus Wohnhäusern und Kliniken, um international Stimmung zu machen, damit Israel sich nicht wehrt, was es ja auch viele Jahre nicht gemacht hat, wenn Mörder, Raketen und tägliche Brandballons von dort aus geschickt werden.
- die Masse der Bevölkerung in Gaza eben nicht Opfer der Hamas und der Israelis ist, sondern den Terror und die Hamas gewählt hat und begeistert unerstützt hat.
- dass die Eltern in Gaza ihre Kinder extrem fanatisieren und zu Terroristen schulen und aktiv opfern, sich freiwillig in das Umfeld von Hamasstützpunkten begeben, um Israel seiner Verteidigungsmöglichkeiten zu berauben und dafür den Tod billigend in Kauf nehmen.
- dass keiner , außer der israelischen Armee wirklich weiß, wie die Lage in Gaza ist und wie weit die Unterstützung durch die Bevölkerung noch geht.
- dass die Informationen, die wir hier bekommen inzwischen meist von Organisationen stammen, die seit Jahren mit der Hamas eng zusammenarbeiten und sie unterstützen bzw. deren Mitglieder z.T. aktive Hamasunterstützer sind. Das gilt für die völlig einseitigen UNO-Organisationen wie für die Hilfsorganisationen.
- dass die Hamas wie die Fatah auch auf die Arbeit des Großmuftis von Jerusalem und NS-Kriegsverbrechers und Hitlerfreundes Amin al-Husseini zurückgeht
- dass die Argumentation Ihrer Schrift der Entlastung von Schuldgefühlen dient und den berechtigten Luftkampf der Alliierten gegen NS Deutschland mit seinen "zivilen" Opfern ins Unrecht setzt. - vgl. dazu auch die moralisch lehrreiche Geschichte aus der Genesis von Abrahams Diskussion mit G'tt über das Schicksal von Sodom und Gomorra
- dass man differenzieren muss zwischen der für Israel lebensnotwendigen und auch im internationalen Interesse liegenden völligen Auflösung der Hamas und der Beendigung ihrer Herrschaft - bitte realitätstaugliche alternative Lösungen dazu benennen, wenn man meint zu wissen, dass man das auch anders machen könnte - und den darüber hinausgehenden Zielen der gegenwärtigen Regierung aus Faschisten, fanatisch Orthodoxen und ultrarechten Zionisten (sogenannte Revisionisten), die von einem Großisrael träumen in den fiktiven biblischen Genzen des Davidischen Königreiches, das ja bekanntlich ein Zwergstatt aus mehreren Bergdörfern war, bei den Religiösen aus dem Irrglauben, dann brähe das messianische Zeitalter an.
- dass ein Kernproblem dabei die blinde Verharmlosung von Religion - auch in der DPG - ist, die auf beiden Seiten den Krieg anheizt, das bezieht die überwiegend orientalischstämmigen Likudwähler mit ein.

Da ich nicht weiß, wie man in das Diskussionsforum der DPG hineinkommt, bitte ich um Einstellung dort.

Mit großem Ärger und freundlichen Grüßen

Dr. med. Klaus M. Wackernagel

23.09.2025

Ich möchte dem Vorstand der DPG herzlich für diese Stellungnahme danken, mit der das institutionelle Schweigen gebrochen wird. Sie benennt israelische Kriegsverbrechen und setzt sich für Frieden ein.

Dem Text ist zu entnehmen, wie sehr der Vorstand mit sich gerungen haben muss, dieses Schriftstück angesichts der freundschaftlichen Verbindungen zu den israelischen Kolleg:innen zu verfassen. Die hier angesprochene „Zerrissenheit“ und „Verzweiflung“ halte ich für bemerkenswert - führt sie doch zur Tendenz, den Krieg in Gaza als „Konflikt“ symmetrischer Kriegsparteien auf Kosten der palästinensischen Zivilbevölkerung zu betrachten. Mit der Annahme, die IDF führe einen Krieg gegen die Hamas und nicht

gegen die Menschen selbst, reproduziert die Stellungnahme jedoch ein israelisches Rechtfertigungsnarrativ.

Demgegenüber sprechen mittlerweile nicht nur deutsche und internationale Hilfsorganisationen von Genozid (Ärzte ohne Grenzen, medico international, Amnesty International), sondern auch israelische NGOs (B'Tselem, PHRI, Breaking the Silence). Die weltweit führende Vereinigung von Völkermord-Forschenden hat Ende August 2025 in einer Resolution¹ festgestellt, dass Israel nach den rechtlichen Definitionen der UN-Konvention Genozid begeht. Jüngst hat eine UN-Sonderkommission das bislang umfangreichste rechtliche Gutachten² vorgelegt, demzufolge die dokumentierten Kriegsverbrechen juristisch vier von fünf Genozid-Kriterien erfüllen.

Die in der DPG-Stellungnahme verwendeten Forderungen („Dialog, konstruktive Auseinandersetzung, reale Begegnung, Trauer“) wirken dagegen merkwürdig wirklichkeitsfremd. Bei dokumentiertem Genozid steht zu befürchten, dass die Forderung nach „Denkräumen“ eher zur Lähmung beiträgt, statt zum notwendigen Handeln aufzurufen.

Die Stellungnahme ist ein wichtiger Anfang - aber angesichts der dokumentierten Realität noch zu zaghaft.

Ergänzung:

Die bislang einzigen Reaktionen im Debattenraum auf die DPG-Stellungnahme zeigt exemplarisch, warum eine klare völkerrechtliche Position so dringend nötig ist. Der Kommentar von Dr. Wackernagel offenbart die Denkstrukturen, die eine sachliche Auseinandersetzung verhindern.

Da wird Gaza als "Terrorstaat" bezeichnet - obwohl es sich um besetztes Gebiet unter totaler israelischer Kontrolle handelt. Bereits vor dem 7. Oktober kontrollierte Israel jeden Aspekt des Lebens in Gaza: Wasser, Strom, Internet, Ein- und Ausreise, Luftraum und Küstengewässer. Die Rede vom "Krieg gegen einen Terrorstaat" verschleiert diese fundamentale Machtasymmetrie zwischen Besatzungsmacht und besetzter Bevölkerung.

Der Gazabevölkerung wird kollektive Schuld zugeschrieben, obwohl 60%³ unter 25 Jahre alt sind und Hamas nie gewählt haben. Eltern wird vorgeworfen, ihre Kinder "aktiv zu opfern" - eine perfide Täter-Opfer-Umkehr, die Zivilisten für ihre eigene Tötung verantwortlich macht.

Besonders problematisch sind Verschwörungstheorien über angeblich Hamas-gesteuerte UN-Organisationen und das antisemitische al-Husseini-Narrativ. Letzteres behauptet, die palästinensische Bewegung gehe auf den Nazi-Kollaborateur zurück - obwohl Hamas 1987 und Fatah 1959 entstanden, Jahrzehnte später und aus völlig anderen Kontexten. Diese Instrumentalisierung des Holocaust pervertiert das "Nie wieder" zu einem "Nie wieder uns, aber anderen schon" und reproduziert antisemitische Denkstrukturen - Kollektivschuld, Verschwörungsdenken, Entmenschlichung - nur gegen eine andere Gruppe gerichtet.

Der Kommentar rechtfertigt faktisch Kollektivstrafe durch die Behauptung kollektiver Schuld - das sind klassische Völkermord-Legitimationen. Wenn 2,3 Millionen Menschen pauschal als "Terrorunterstützer" dämonisiert werden, ist jede Gewalt gegen sie legitimiert.

Solche Reaktionen zeigen, warum „Denkräume“ nicht Selbstzweck sein dürfen: Sie können völkischen Rechtfertigungsnarrativen Raum geben, statt klare völkerrechtliche Standards einzufordern. Die DPG braucht eine Position, die sich an dokumentierten Fakten orientiert – nicht an rassistischen Projektionen. Nur so kann verhindert werden, dass unsere Gesellschaft ungewollt zum Resonanzraum für Verharmlosungen oder ideologische Verzerrungen wird.

1 <https://genocidescholars.org/wp-content/uploads/2025/08/IAGS-Resolution-on-Gaza-FINAL.pdf>

2 <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session60/advance-version/a-hrc-60-crp-3.pdf>

3 https://en.wikipedia.org/wiki/Demographics_of_Palestine
